

Aus dem Hessischen Landtag

24.02.2017

Eva Goldbach MdL

Ländlicher Raum, Kommunales, Petitionen

Aktuelle Stunde

Die GRÜNEN hoben in ihrer Aktuellen Stunde im Landtag hervor, dass die **Citybahn Wiesbaden** ein Beispiel für zukunftsorientierte Verkehrspolitik ist. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt hat den Beginn der Vorplanungen genehmigt. Die Bahn soll dazu motivieren, vom Auto auf den ÖPNV umzusteigen. Ziele sind die Entlastung der Verkehrswege, die Reduzierung der Stickstoffdioxid-Belastung sowie die Verbesserung der Luftreinhaltung.



Das hessische Verkehrsministerium beteiligt sich an den Kosten der Vorplanungen für die Citybahn mit 465.000 Euro. Verkehrsminister Tarek AL-Wazir hatte sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bund das Vorhaben grundsätzlich unterstützt.

[Mehr Informationen finden Sie auf den Seiten des Verkehrsministeriums](#)

Die GRÜNE Landtagsfraktion sieht mit Sorge, dass **Opel** nach den Ereignissen des Jahres 2009 aktuell erneut Gegenstand von Übernahme-spekulationen geworden ist. „Wir hoffen sehr, dass der französische Autokonzern PSA Peugeot Citroën tatsächlich ein ernsthaftes Interesse an einem Erhalt von Opel, den Standorten in Deutschland und vor allem den Arbeitsplätzen hat. Es liegt nun an den



Verantwortlichen zu beweisen, dass es ihnen um einen Nutzen für beide Unternehmen und ihren Beschäftigten geht und nicht – wie oft bei solchen Übernahmen – um den Vorteil des einen zu Lasten des anderen. Die bisherigen Zusagen stimmen verhalten optimistisch, es bleiben aber weiterhin Risiken bestehen. Von Seiten der Politik stehen wir klar auf der Seite der Beschäftigten bei Opel“, erklärt der Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Landtag, Mathias Wagner, in der Plenardebatte. Arbeitnehmer bei Opel

brauchen eine sichere Zukunft und dürfen nicht die Verlierer von Übernahmespekulationen werden

[Mehr zum Thema finden Sie hier](#)

Kommunales Investitionsprogramm (KIP)

Hessen wird ein zweites Kommunalinvestitionsprogramm auflegen. Diesmal sollen die Gelder den hessischen **Schulen** zu Gute kommen. Gefördert werden Sanierung, Umbau und Erweiterung von Schulgebäuden und dazugehörigen Horteinrichtungen inklusive der dabei erforderlichen Ausstattung. Vom Bund kommen dafür bis zu 330 Millionen Euro. Hessen selbst will einen „dreistelligen Millionenbetrag drauflegen“, sagte Finanzminister Schäfer im Landtag.



Die Gelder des Bundes werden für **finanzschwache Kommunen** bereitgestellt. Empfänger sind ausschließlich kommunale Schulträger. Für die Aufteilung der Bundesmittel und die Umsetzung des Programms sind erneut die Länder verantwortlich. Vom Landesprogramm sollen dagegen **alle Schulträger in Hessen** profitieren, denn es gibt in allen Kommunen Schulen mit veralteten Toilettenanlagen, undichten Fenstern und sanierungsbedürftigen Turnhallen.

Die Regierungsfractionen von CDU und B'90/Grüne hatten zuvor die Initiative für ein Landesprogramm ergriffen, das die Bundesmittel ergänzen soll. In Berlin läuft zurzeit das Gesetzgebungsverfahren zum Bundesprogramm. Wenn es bis zur Sommerpause beendet ist, könnte Hessen sein Schul-KIP schon im Herbst in Gang setzen.

[Weitere Infos zum KIP finden Sie hier](#)

WIR-Programm

Das Landesprogramm „WIR“ zur Integration wird 2017 erheblich ausgeweitet. Die Finanzierung hat sich seit 2015 von 3,1 auf jetzt 8,85 Millionen Euro fast verdreifacht. Neben den WIR-Koordinatoren werden nun WIR-Fallmanager für Geflüchtete in allen Kreisen eingesetzt, die Netzwerke für Patenschaften organisieren. Von Programmen zur Willkommens- und Anerkennungskultur bis zur Förderung niedrigschwelliger Sprachkurse bietet "WIR" eine breite Palette an Fördermöglichkeiten. Im Schnitt werden im Jahr über 200



innovative Projekte in diesem Rahmen gefördert. Seit 2014 arbeiten in 33 Landkreisen WIR-Koordinatorinnen und Koordinatoren, die interkulturelle Programme auf kommunaler Ebene identifizieren, initiieren und weiterentwickeln sollen. 2017 haben wir den Fokus auf geflüchtete Frauen und Mädchen gelegt. Mit 500.000 Euro werden Modellprojekte, die deren Teilhabe an der Gesellschaft stärken sollen, besonders gefördert. Die Förderung von ehrenamtliche Integrationslotsinnen und -lotsen, die vor Ort Neuankommende in Alltagssituationen begleiten und zum Beispiel bei Behördengängen unterstützen, wird für Flüchtlinge geöffnet und um 500.000 Euro erhöht. Das Sprachförderprogramm „[MitSprache-Deutsch4U](#)“ wird auf mit 1,2 Millionen auf insgesamt 2,7 Millionen Euro erhöht. 200.000 Euro davon sind für Kinderbetreuung vorgesehen.

[Mehr über das „WIR-Programm“ erfahren Sie hier](#)

Erfolgreiche Polizeiarbeit in Hessen

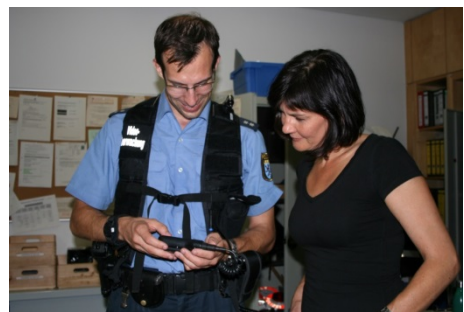
Die guten Ergebnisse der jüngst vorgestellten Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2016 zeigen, dass die Polizei in Hessen die Kriminalität konsequent und verlässlich bekämpft und die hessische Sicherheitspolitik erfolgreich ist.

Die Aufklärungsquote von Straftaten hat in Hessen im Jahr 2016 einen historischen Höchststand erreicht.

Hessen liegt im Ländervergleich im oberen Drittel. Die Quote lag mit 62,7 % um fast drei Prozentpunkte über dem Vorjahreswert und im Langzeitvergleich der vergangenen 20 Jahre um mehr als 18 Prozentpunkte höher als im Jahr 1997. Bei der Kriminalitätsbelastung pro 100.000 Einwohner liegt Hessen im Vergleich der Bundesländer mit Bayern und Baden-Württemberg weiterhin in der Spitzengruppe der sichersten Bundesländer.

Die Landesregierung hat zahlreiche **Maßnahmen** initiiert, um die Polizei personell und materiell zu unterstützen. Dazu gehört der Personalzuwachs von 1010 Stellen bis zum Jahr 2020 genauso, wie der Abbau von Überstunden, verbesserte Schutzausstattung sowie hunderte Stellenhebungen. Die technische Ausstattung der Polizei hat das Land in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Die Body-Cam kommt seit dem Jahr 2016 flächendeckend in ganz Hessen zum Einsatz und sorgt für mehr Sicherheit für die Polizeibeamtinnen und -beamten.

Die Fallzahlen des **Wohnungseinbruchdiebstahls** sanken um mehr als zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr. Es wurden 8.000 kriminalpolizeiliche Beratungen durchgeführt, damit Bürger ihre Wohnobjekte besser sichern. Daneben ist Hessen der Länderkooperation zur Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität, an der noch Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz mitwirken, beigetreten. In der



nächsten dunklen Jahreszeit wird die Prognosesoftware „KLB-operativ“ flächendeckend eingesetzt.

Die **Straßenkriminalität** hat sich in den vergangenen 20 Jahren halbiert. Im Vergleich der letzten zehn Jahre hat die Straßenkriminalität um rund 20.000 Fälle abgenommen (92.000 auf 72.000).

Bei der Bekämpfung der **Cyberkriminalität** baut das Land künftig auf ein neues Kompetenzzentrum: „Hessen Competence Center für Cybersecurity – Hessen3C“ wird aus den Bausteinen Security Operation Center, Big Data Techniken und einer Plattform für Begleitforschung bestehen.

[Mehr Informationen hier](#)

Gleichberechtigung

Die Grünen im hessischen Landtag sehen die Förderung von Frauen als Daueraufgabe. Es ist gut, dass mit dem [Weltfrauentag](#), dem [Equal Pay Day](#) und dem Aktionstag [„One Billion Rising“](#) an gesellschaftliche Missstände zum Nachteil von Frauen erinnert wird. Dies war auch Thema einer Plenardebatte. Hier erinnerten die Grünen daran, dass sie an vielen Stellen für die Gleichberechtigung von Frauen vorantreiben. Im Rahmen des Sozialbudgets haben die Grünen dafür gesorgt, dass Frauenhäuser finanziell abgesichert werden und dass es für von Gewalt bedrohte Frauen erstmals flächendeckend in ganz Hessen Interventions- und Beratungsstellen geben wird. Ein weiterer wichtiger Schritt war die Novellierung des Hessischen Gleichberechtigungsgesetzes, das helfen soll, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familienaufgaben zu erleichtern und auch Führung in Teilzeit zu ermöglichen. Um mehr Frauen in die Kommunalparlamente zu bringen, wurde auf Initiative der Grünen die Kommunalverfassung geändert. In Zukunft sollen Frauen in den Parlamenten und Aufsichtsgremien von kommunalen Gesellschaften paritätisch vertreten sein.



[Alles zum hessischen Gleichberechtigungsgesetz finden Sie hier](#)

KURZ NOTIERT:



SCHÜLERTICKET AUCH FÜR FREIWILLIGENDIENSTE

Das [Schülerticket Hessen](#) soll nicht nur für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende, sondern auch für Teilnehmerinnen und Teilnehmer von

Freiwilligendiensten angeboten werden. Mit dem hessenweiten Ticket wollen wir jungen Leuten ermöglichen, selbstständig und sicher unterwegs zu sein. Konkret sollen sowohl Freiwillige Wehrdienstleistende als auch Teilnehmer an einem freiwilligen sozialen Jahr, an einem freiwilligen ökologischen Jahr oder vergleichbaren sozialen Diensten (z.B. Bundesfreiwilligendienst) zum Erwerb des Schülertickets berechtigt sein. Das Schülerticket Hessen soll zum kommenden Schuljahr 2017/18 in ganz Hessen eingeführt werden. Das Jahresticket für alle Schülerinnen und Schülern sowie allen Auszubildenden in Hessen soll 365 Euro kosten. Das Land subventioniert das Ticket mit bis zu 20 Millionen Euro jährlich.

LANDESBLINDENGELDGESETZ



Die GRÜNEN im Landtag schlagen vor, den Entwurf der SPD für ein Landesblindengeldgesetz zusammen mit dem anstehenden Entwurf der Landesregierung zu behandeln. Das Landesblindengeldgesetz befindet sich derzeit in einer Überarbeitung, die demnächst von der Landesregierung in den Landtag eingebracht werden wird. Die Änderungen werden erforderlich, weil durch bundesgesetzliche Regelungen die bisherigen Pflegestufen in neue Pflegegrade umgewandelt wurden. Nach Auskunft des Sozialministeriums sind diese Änderungen in Arbeit, das nötige Änderungsgesetz wird in Kürze den Landtag erreichen.

[Weitere Informationen zum Blindengeld finden Sie hier](#)

FDP GEGEN DEN REST DES HAUSES



Die FDP stieß mit zwei Anträgen auf massiven Widerstand im Landtag. Zuerst forderte sie mehr Werbung in Schulen. Ihrer Meinung nach „erschwert Schwarz-Grün Fördermöglichkeit durch private Initiativen und Sponsoren in hessischen Schulen“. Das sehen alle anderen Fraktionen anders. Sie wollen die Schulen weiterhin frei von Werbung halten.

In dem zweiten Antrag fordern die Liberalen, den „illegalen Doppelbezug von Sozialleistungen“ zu stoppen. Staatsminister Axel Wintermeyer (CDU), der auch Flüchtlingskoordinator ist, wies die Unterstellung als „böswillige Verdrehung von Tatsachen“ und „unsägliche Generalverdächtigung“ zurück. In Hessen sei kein einziger Fall bekannt, bei dem ein Flüchtling doppelt Bezüge erhalten hätte. Auch Linke, SPD und Grüne widersprachen den Behauptungen der FDP energisch.

RÖDERMARK: GRÜNE GRATULIEREN ROLAND KERN

Die hessischen GRÜNEN gratulieren dem GRÜNEN Bürgermeister von Rödermark, Roland Kern, herzlich zur Wiederwahl. Wir sind sehr froh, dass Roland Kern seine Arbeit zum Wohl der Stadt fortsetzen kann. Roland Kern und die AL/GRÜNE in Rödermark nutzen erfolgreich die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik, um Ökologie, soziale Standards und die Lebensqualität der Stadt voranzubringen.